



WAS TUN MIT MENSCHEN,

*die diese
Demokratie
abschaffen
wollen?*

*Ein Essay von
Mely Kiyak über
alltäglichen Rassismus,
die Medien und
unsere Demokratie*

Vorwort von Jörg Hofmann

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,*

»Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.« So lautet die Mahnung, die uns der langjährige Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, mit auf den Weg gegeben hat. Kritischer Journalismus spielt dabei eine zentrale Rolle und Otto Brenners Mahnung ist heute aktueller denn je.

Am 15. November wurde in Berlin zum mittlerweile zwölften Mal der Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus vergeben. Die Preisträger und ihre ausgezeichneten Werke stehen für Qualität, Vielfalt und Unabhängigkeit der journalistischen Berichterstattung.

Journalismus und Medien, aber auch unsere Demokratie als Ganzes, haben zunehmend mit sinkender Glaubwürdigkeit und Akzeptanz zu kämpfen. Ein Drittel der Bevölkerung betrachtet Presse und Rundfunk heute skeptisch. Vor allem junge Menschen zweifeln klassische Medien immer stärker an – wenn sie sie überhaupt noch wahrnehmen. Vielleicht – vermutlich – trägt dies mit dazu bei, dass populistische Stimmen auch in Deutschland immer mehr Gehör finden.

Mely Kiyak setzte in ihrer Festrede bei der Otto Brenner Preis-Verleihung 2016 genau an dieser Stelle an. Auch vor dem Hintergrund ihrer eigenen Biografie und ihren persönlichen Erfahrungen als Journalistin und Schriftstellerin mit Migrationshintergrund stellt sie ihren Kolleginnen und Kollegen kritische Fragen hinsichtlich der jüngeren Entwicklung in der Berichterstattung. Zugleich gibt sie wertvolle Hinweise, wie Journalismus und Zivilgesellschaft ein Gegengewicht zu den vermeintlich einfachen und allzu plumpen Parolen der Populisten bilden können.

Wir danken Mely Kiyak, dass sie es uns ermöglicht hat, diesen sehr persönlichen und nachdenklichen Vortrag im Rahmen unserer Essay-Reihe veröffentlichen zu können.

Frankfurt, im Dezember 2016

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Rede von Mely Kiyak zum Otto Brenner Preis 2016



Foto: Körber-Stiftung/Claudia Höhne

*Sehr geehrte Preisträger,
sehr geehrte Gastgeber der Otto Brenner Stiftung,
geschätzte anwesende Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

als ich die Einladung erhielt, die heutige Festrede halten zu dürfen, schaute ich zunächst einmal nach, um wen es sich bei Otto Brenner eigentlich handelt.

Er war in Hannover geboren, was – das sage ich aus biografischer Erfahrung, glauben Sie mir das bitte – immer ein tragischer Start für ein Leben ist.

Mit nur 13 Jahren wurde er Gewerkschaftsmitglied, machte Karriere und brachte es zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall. Vom einfachen Zeitungszusteller und Nietendrucker zum Gewerkschaftsboss, ist in Deutschland – damals wie heute –, wo die Herkunft eines Menschen seinen gesellschaftlichen und beruflichen Werdegang beeinflusst, eine der seltenen Möglichkeiten als Arbeiterkind, und das war Brenner, aufsteigen zu können.

Mely Kiyak, geboren 1976 im niedersächsischen Sulingen, ist Autorin und Publizistin. Ihre Texte erschienen unter anderem in der Zeit, der Welt und der taz. Von 2008 bis 2013 erschien von Kiyak in der Frankfurter Rundschau, später auch parallel in der Berliner Zeitung, eine politische Kolumne. Seit Ende 2013 schreibt sie auf der Webseite des Berliner Maxim-Gorki-Theaters eine regelmäßige Kolumne, seit 2014 auch auf Zeit online. Im Zentrum ihrer publizistischen Tätigkeit stehen Themen der Migrations- und Integrationspolitik.

Brenners Parallelen zu meinem Leben sind verblüffend. Auch ich bin ein Arbeiterkind. Auch ich kämpfe seit meinem 13. Lebensjahr in der Gewerkschaft, weil ich nämlich die Tochter eines Kupferdrahtlackierers bin. Mein Vater war Mitglied in der IG Metall, machte als Arbeiter Karriere, allerdings auf dem Rücken seiner Kinder. Dazu stellte er samstagsmittags seine pubertierende Tochter, also mich, auf den Sulinger Marktplatz, mit einem Plastiktütenumhang, wo drauf stand: »35-Stunden-Woche«, und ließ mich dort Wochenende für Wochenende stundenlang im kalten niedersächsischen Wind vor mich hin rascheln.

Mit 19 trat Brenner in die SPD ein, die vor 90 Jahren, mitten in der Weimarer Republik, die gleichen Probleme hatte, wie die SPD heute: nämlich dem Rechtsruck der Gesellschaft wenig entgegenzusetzen zu können und kaum in der Lage, neue Wählerschaften zu erschließen. In so einer Zeit beizutreten kann also mit viel Wohlwollen als Akt des Widerstandes betrachtet werden.

Auch ich trat einer Widerstandsbewegung bei, nämlich in die AG Plattdeutsch. Später im Verein erfuhr ich, dass auch

dieser mit sinkenden Mitgliedszahlen zu kämpfen hatte und nichts und niemandem irgendetwas entgegenzusetzen hatte, außer einfach da zu sein. Also eine Art SPD op Platt.

Brenner war, so las ich, Mitglied bei den Freien Schwimmern und, Sie können es sich denken, auch hier gleichen sich unsere Leben wie ein Ei dem anderen. Ich galt in meiner Jugend als eine Art Franzi van Almsick des Landkreises Diepholz. In der Disziplin Brustschwimmen musste ich mich gegen stämmige norddeutsche Schwimmerinnen von der Weser bis an die Hunte durchsetzen. Wer unbedingt aufsteigen will, versucht es eben auch noch im Schwimmverein. Über Brenners Schwimmerfolge las ich nirgends. Ich nehme an, es ging ihm ähnlich wie mir. Begleitet von kolossalem Medien-echo schwammen mir die Töchter der Putenzüchter und Rindviehwirte davon.

Ich verstehe genau, was Brenner meinte, wenn er von der Tragik sprach, die es bedeutet, als Kind besitzloser Eltern auf die Welt zu kommen. Ich begreife sehr gut, wenn er die soziale Frage so beschreibt, dass es eigentlich immer darum gehe, dass die Kinder der besitzenden Eltern versuchen zu verhindern, dass die Kinder der Besitzlosen über – und das ist jetzt sein Zitat: »ihren Rahmen hinauswachsen«.

Wer diesen Weg gegangen ist, nämlich den aus dem durch Herkunft bedingten Rahmen hinaus, wird die Welt künftig nur noch durch diese Brille betrachten können, denn er erkennt diesen Kampf in so ziemlich jedem gesellschaftlichen Konflikt.

Das verbindet uns Arbeiterkinder überall auf der Welt. Das Wissen um die andere Seite. Die Seite der Armut, die Seite der nicht vorhandenen Möglichkeiten. Das beinhaltet auch, die Scham und Trauer der eigenen Eltern zu erleben, die ihre begrenzten Möglichkeiten sehr wohl kennen, ihre Bedingungen aber nicht ändern können.

Brenner machte sich über all das viele Gedanken, darüber, was eigentlich alle miteinander eint und schützt. Nämlich das Wachen über die Demokratie. Um der Verhältnisse wegen, um ein Gleichgewicht zu wahren, in einer Welt ungleicher Ausgangsbedingungen. Als ich das las, sein berühmtes Zitat von der obersten Bürgerpflicht, nämlich der Demokratiewachsamkeit, wusste ich: Ich halte diese Rede!

Nun ist es bei der Otto Brenner Preis-Verleihung Tradition, über »die Medien und ihren Zustand« zu referieren.

Leider fühle mich dazu nicht berufen. Klar könnte ich ein paar Zahlen und Statistiken zusammenkramen und darauf basierend eine These konstruieren, die dann lautet: »Mehr Internet wagen!«, oder »Print lebt!«. Aber mir fehlt die Außensicht. Und eigentlich fehlt mir auch die Binnensicht.

Bin ich gemeint, wenn von »den Medien« die Rede ist?

»Als ich sein berühmtes Zitat von der obersten Bürgerpflicht las, nämlich der Demokratiewachsamkeit, wusste ich: Ich halte diese Rede!«

Das kommt darauf an. Grundsätzlich finde ich, haben wir in Deutschland eine der besten Medienlandschaften, die es weltweit gibt. Von so einer Medienlandschaft bin ich natürlich gerne Teil.

Aber es gibt auch viel Mist. Auch viel strukturell bedingten Mist. Unsere politischen Talkshows, um nur ein Beispiel zu nennen, sind ein Desaster. Die Art, wie wir öffentlich im Fernsehen über Politik debattieren, ist einer alphabetisierten Nation absolut unwürdig. Da distanzieren mich natürlich sofort und bin nicht »die Medien«, sondern fühle ich mich wie ein Fisch, der immer andersherum schwimmt.

Aus welcher Position heraus kann ich nun glaubwürdig für eine Gruppe sprechen? Ich bin mir nicht sicher.

Ich bin Publizistin. Ich habe keinen Medienkonzern im Rücken, keine Redaktion, in der ich beheimatet bin. Nehme an keinen Redaktionskonferenzen teil, werde in keinerlei Planung eingebunden. Per Mail erhalte ich Order: Thema, Länge, Abgabedatum. Ich kenne wirklich niemanden, bin nicht vernetzt und extrem asozial. Ich verdiene mein Geld damit, Bücher und Theaterstücke zu schreiben. Seit zehn Jahren schreibe ich ohne Unterbrechung jede Woche eine politische Kolumne.

Für diese Kolumnen werde ich in geradezu barocker Opulenz mit Ablehnung beschenkt. Es gibt Leser, die mich für diese Texte am liebsten umnieten würden. Seit Jahren tingele ich mit Kollegen, die wir aufgrund von Namen und Physiognomie als Nichtdazugehörige wahrgenommen werden, mit den schönsten und wertvollsten Perlen deutscher Verachtungsprosa über die Bühnen der Staatstheater.

Seit meinem ersten Artikel vom 19. Januar 2006, ein Feuilleton-Aufmacher für Die Zeit, bis heute gab es nicht

»Grundsätzlich finde ich, haben wir in Deutschland eine der besten Medienlandschaften, die es weltweit gibt.«

einen einzigen Text, nicht eine Kolumne, nicht ein Interview, bei der die eben beschriebene Reaktion ausblieb. Bei keinem einzigen Text! Ich kenne Kollegen, die haben in ihrem ganzen Berufsleben vielleicht drei Briefe bekommen!

Ich spreche übrigens nicht von Online-Kommentaren, sondern von echten Briefen oder E-Mails. Woche für Woche hagelt es Empörung, Beschimpfung, Anzeigen, Drohungen. Selten handelt ein Brief davon, wovon ich schrieb, sondern meist davon, dass ich schrieb.

Wenn also gesagt wird: Die Leser seien neuerdings ganz aggressiv, wegen Facebook und Twitter, das habe irgendeine Studie ergeben, dann kann ich das nicht ernst nehmen. Denn meine Erfahrung ist: Ich kenne es nur so.

Wenn wir, eine Handvoll Kollegen mit etwas anders klingendem Namen, uns vor zehn Jahren an unsere Kollegen wandten und sagten: Wir werden massiv belästigt, bitte unterstützt uns, dann war die Reaktion immer dieselbe: Gleichgültigkeit. Und der Irrglaube, dass das, was da passiert, das Problem einer Minderheit sei. Obwohl wir sagten: Heute wir, morgen ihr!

Die Erfahrung einiger weniger muss aber zählen, denn sie ist immer ein Beleg für eine Entwicklung.

»Keine einzige Institution befand sich nach Mölln, Solingen, Hoyerswerda oder Rostock verantwortlich oder wenigstens reformbedürftig.«

Es hat zehn Jahre gedauert, bis die Kollegen diesen Hass als Problem erkannten und beschrieben. Das Verrückte aber ist, dass sie behaupten: »Damals war es nicht so schlimm wie heute. Heute ist alles viel vulgärer und enthemmter.«

Das stimmt natürlich nicht. Es war genauso schlimm, widerlich, obszön und primitiv. Es hatte aber eben nur »uns« betroffen. Wenn man zu bedenken gab, dass diese Leser doch auch Wähler sind, die schon durchdrehen, weil man sich einmal in der Woche politisch äußert, was werden die wählen, wenn hier demnächst Rechtsradikale eine Partei gründen?

Ich erinnere mich sehr gut an die Antworten: Mit einem gewissen Prozentsatz der Bevölkerung, der eine abweichende Meinung Richtung Rechtsextremismus habe, müsse man sich abfinden. Unappetitlich, aber alles im tolerierbaren Bereich.

5 Prozent seien normal. Das sei ganz natürlich.
5 bis 10 Prozent.
10 bis 15 Prozent.

Wer hat das bestimmt? Dass das ganz natürlich ist, dass man sich in einer gesunden Demokratie mit Antidemokraten abfinden müsse?

Die Abweichung des Tolerierbaren erreicht in Sachsen-Anhalt bereits 24,3 Prozent. »Keine Panik« lese ich. Sachsen-Anhalt, »ganz spezieller Fall«. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen: »Extrem speziell«.

Nach der Wende ging ich für fast ein Jahrzehnt in den Osten Deutschlands. Ich erinnere mich an 1.-Mai-Umzüge in Leipzig. Zum ersten Mal in meinem Leben sah ich Neonazis in Springerstiefeln, die unter Polizeischutz zum Völkerschlachtdenkmal marschierten. Es gab Schlägereien, es gab Angriffe, Überfälle, absoluter Alltag.

Damals schrieb ich ab und an für die Leipziger Volkszeitung. Ich kann mich nicht erinnern, dass es eine intensive Auseinandersetzung damit gegeben hätte. Man nahm es so hin. Weil man sich nicht gemeint fühlte.

Als eine Welle von spektakulären, rechtsradikal motivierten Anschlägen geschah, war die mediale Reaktion, das Ganze unbedingt als einen Einzelfall zu behandeln. Bei jedem einzelnen Anschlag. Die Politik, die Medien, die Sicherheitsbehörden, keine einzige Institution befand sich nach Mölln, Solingen, Hoyerswerda oder Rostock für verantwortlich oder wenigstens reformbedürftig.

Auch wird über Rassismus immer gleich berichtet. Man nimmt irgendeinen Jahrestag eines Anschlags zum Anlass und schickt ein paar Reporter los, die die Betroffenheit von Opfern und Angehörigen dokumentieren sollen. Die Baseballschläger sollen beschrieben werden, das Weglaufen. In jeder Zeitung darf ein schwarzköpfiger Publizist einen Essay schreiben, in dem er ausführlich ausbreitet, wie traurig oder wütend er sei.

Ist über Rassismus traurig oder wütend zu sein wirklich die alleinige Angelegenheit der Betroffenen?

So ging das ein paar Jahre lang.

Dann Fanfaren und Posaunen: Auftritt Thilo Sarrazin. Seine These ist sehr dünn, für Vorabdrucke in Serie aber reichte es. Er behauptet, dass Muslime genetisch und kulturell bedingt dumm seien. Und ihre Dummheit durch fleißiges Kinderzeugen – angeregt durch Deutschlands reizende Sozialpolitik – wie eine Krankheit über Deutschland ausbreiten und das deutsche Volk Stück für Stück abschaffen, also vernichten.

Er meinte damit, dass Moslems den »edlen, germanischen Stammbaum« kräftig über den Haufen bumsen.

Hartnäckig weigert man sich bis heute, ihn als das zu begreifen, was er in seinem tiefsten Herzen ist, aber nicht sein will. Einer, der Mitmenschen in rassistischen Schemata hierarchisiert, wie er eindrucksvoll am Beispiel der Ackergäule und Lipizzaner zu widerlegen versuchte.

Spätestens ab dem Pferdebeispiel dachte ich: »Na, Kollegen, jetzt hat er es aber wirklich übertrieben«. Und was machen wir mit einer Million Lesern? Die sind, ich wiederhole mich, doch auch Wähler.

»Dass die Voraussetzung für Demokratie aber auch ist, dass die Betroffenen mitsprechen dürfen, ist nicht Konsens.«

Es folgten die obligatorischen öffentlich-rechtlichen Resozialisierungsmaßnahmen. Dringende Talkshowfrage: Handelt es sich um Rassismus, wenn einer über Genetik und Vererbungslehre in Zusammenhang mit »den Muslimen« spricht? Und zweitens, warum gibt es Denkverbote in Deutschland?

Die Sorge um den Verlust der Meinungsfreiheit wog höher als die Sorge um den Verlust der Würde derjenigen, die vom braven Bürger zum Debilen erklärt wurden.

Man müsse ihn reden lassen, man müsse ihm zuhören, man müsse seine Kritik ernst nehmen, schließlich sei man in einer Demokratie.

Dass die Voraussetzung für Demokratie aber auch ist, dass die Betroffenen mitsprechen dürfen, ist nicht Konsens. Oder wie hält man es aus, dass die Mehrheit der Betroffenen nicht einmal ein Wahlrecht besitzt, um an dieser Demokratie teilnehmen zu können? Wie findet man das? Dass Menschen, die seit 50 Jahren hier leben, Steuern zahlen, aber nicht wählen dürfen? Was ist mit deren Ängsten? An wen können die sich wenden, wen können sie aus Protest wählen? Gibt es über Millionen Menschen ohne Wahlrecht eine einzige Talksendung? Und wie sieht eine diffamierende These über die vermeintliche Integrationsunwilligkeit dieser Gruppe unter Anbetracht so einer Tatsache noch aus?

Sarrazin wurde immer berühmter und reicher, Pegida immer mächtiger, die AfD wird in den Bundestag einziehen.

Und immer ist da die Warnung, dass man Antidemokraten und Rassisten nicht in die Enge treiben dürfe. Was aber tun mit einer Gruppe, die diese Demokratie abschaffen will? Die mit ihrem wichtigsten Element, nämlich der Wahrung der Minderheitenrechte nichts am Hut hat?

»Mit der Erfahrung im Rücken, dass Menschenhass meistens gewinnt, gehst du immer vom Schlimmsten aus.«

Wie lange schaut man zu? Was denkt man, wann das Ende der Fahnenstange erreicht ist? 50 Prozent? 80 Prozent? Was, wenn man selber bald in der Ecke landet?

Langsam begreift man, dass es selbst unter Kollegen keinen Konsens darüber gibt, woran man Rassismus und seine handfesten Risiken erkennt. Ich lese stattdessen lauter Synonyme. Rechtspopulist, Nationalpopulist, Liberalpopulist. Was zum Kuckuck ist das alles?

Ich glaube, dass wir uns darüber einigen müssen, was wir unter Faschismus, Nationalismus und Rassismus verstehen.

Welches Interesse verfolgt eine Politikerin, wenn sie das Wort »völkisch« rehabilitieren will, weil sie es im politischen Diskurs für unverzichtbar hält? Was kann eine Partei sein, dessen Spitzenpolitiker ungeniert davon spricht, dass die »Altparteien entartet seien«?

Ich denke nicht, dass es sich um eine Art Grüne im Anfangsstadium handelt.

Meine Aufgabe als Autorin ist nicht, ein sozialpädagogisches Programm zu fahren und sie sanft in Duftkerzen einzuhüllen, ihnen womöglich noch eine Yogamatte hinterherzutragen. Meine Aufgabe ist zu benennen, was ich erkenne.

Das Konzept des Nationalismus ist nie überarbeitet worden. Seine Sprache klingt in allen Ländern ähnlich. Das Konzept vom rassistischen Ressentiment zum politischen Programm funktioniert immer so: Stigmatisierung, Segregation, Vertreibung, Vernichtung. Ich denke, Rassisten und Demokratiemüde stempeln sich mit diesem Konzept selber ab. Das soll man nicht sagen? Noch haben wir Pressefreiheit. Warum sollen wir darauf verzichten?

Wenn ich dieser Tage Artikel lese, die unter der Überschrift: »Warum wir die Trump-Wahl nicht vorhersehen konnten und warum wir versagten« laufen, dann weiß ich spätestens, ich bin offenbar ein Randphänomen in dieser Medienlandschaft.

Dass Trump der nächste Präsident der USA wird, darüber spreche ich mit Kollegen aus dem Schwarzkopfmilieu seit dem Tag seiner Kandidatur.

Es war ja alles vorhanden. Die Ressentiments der Bevölkerung haben doch nicht Le Pen, Wilders, Orbán, Trump oder Gauland erfunden. Die waren schon da. Die mussten nur richtig gepflückt werden. Mein Schweizer Kollege Jonas Lüscher beschrieb diesen Mechanismus sehr schön. Die Kinder fürchten sich in der Nacht. Sie gehen zu ihren Eltern und sagen: »Unter meinem Bett liegt ein Monster«. Die Trump-Wilders-Le Pen-Gauland-Eltern schauen das Kind an und fragen: »Sicher, dass es nur eins ist?«.

Mit der Erfahrung im Rücken, dass Menschenhass meistens gewinnt, gehst du immer vom Schlimmsten aus. Aber in Redaktionen, die die Gesellschaft in ihrer Diversität nicht abbilden, wirst du nicht nur mit deiner Herkunft, sondern auch mit deiner Meinung immer Teil der Minderheit sein.

Das wirksamste Gegenmittel gegen die vergiftete Stimmung dieser Tage ist, den Kern aus den Worten zu schälen.

Zwei Beispiele aus der Flüchtlingsberichterstattung:

Das Wort »Rückstau« meint die Grenzsicherungen innerhalb Europas, die dafür sorgen, dass sich immer mehr Flüchtlinge in Flüchtlingslagern in Griechenland oder anderswo ansammeln. Sie können weder aus- noch weiterreisen. Rückstau ist aber ein sehr ungenaues Wort für eine Maßnahme, die genau genommen aus Flüchtlingen Gefangene macht, weil man sie am Fliehen hindert.

Oder die Verwandlung von der Flüchtlingskrise, also jener Krise, die die Flüchtlinge betrifft, hin zur europäischen Krise, also einer Krise, die die Europäer betrifft, weil sie sich zunehmend als Leidtragende von Krieg und Verfolgung betrachten. Oder wie soll man es verstehen, wenn Parteien angesichts der Flüchtlinge von drohendem Heimatverlust der Deutschen sprechen und vorsorglich Schutzmaßnahmen in Form von Leitkulturanträgen beschließen?

Wenn man einfach mal das Wort öffnet und reinguckt, was drin ist, braucht man sich mit Moraldebatten gar nicht lange aufzuhalten. Es reicht zu entgegnen: Flüchtlinge verlieren ihre Heimat. Deutsche behalten ihren Wohnsitz.

Stattdessen gibt es ernsthaft große innermediale Debatten darüber, ob wir uns mit den Flüchtlingen in unseren Kommentaren und Analysen eventuell zu sehr solidarisiert hätten. Nicht, ob wir uns mit den Rechtsextremen, den Besorgten, solidarisiert hätten, sondern mit den Opfern?! Manche Chefredakteure spucken nachhaltig Galle wegen eines einzigen Titelblattes oder Satzes einer Kanzlerin.

Man nimmt Demokratie und Menschenrechte offenkundig anders wahr, penibler und existenzieller, man empört und ängstigt sich rascher, wenn man sich mit den Ressentiments gemeint fühlt. Als der Vorwurf der Lügenpresse im Raum stand, konnte man das schön verfolgen. Das politisierte auch noch den letzten Sportredakteur, der erst dann begann, über den Rassismus in den Sportvereinen zu berichten.

Was tun?

Wahrscheinlich einfach weitermachen. Denn der moderne Rassismus unserer Zeit ist immer eine Reaktion auf die Emanzipationserfolge der Minderheiten. Trump folgte nicht auf einen weißen Präsidenten, sondern auf einen schwarzen. Wir erleben auch deshalb eine Welle von Angriffen auf Minderheiten, weil diese in Politik, Medien und Wirtschaft sichtbarer geworden sind.

»Der moderne Rassismus unserer
Zeit ist immer eine Reaktion
auf die Emanzipationserfolge
der Minderheiten.«

»War es nötig, jeden Atemzug der AfD medial auszuleuchten?«

Ich glaube jeder, der Macht darüber hat, wer sprechen darf und wer nicht, wird, wenn er mal die Augen aufmacht und sich in der Redaktion umschaute, feststellen, dass er mehrheitlich von seiner Sorte umgeben ist und nicht von, ich sage mal, meiner Sorte.

Unser Dasein wirkt provozierend. Wir gehen mit unserer Gesellschaft zudem hart ins Gericht. Das ist für manche einfach zu viel.

Ein Klassiker unter den Leserbriefen lautet: Sie schreibt schon wieder ihre Meinung über Deutschland. Was versteht sie davon? Fand sich kein Deutscher?

Gäbe es mehr Y-namige, würden sich die Leute irgendwann daran gewöhnen, dass es Alltag werden wird, dass Menschen, die diffamiert werden, sich öffentlich dazu äußern. Eine Frage der Zeit.

Deshalb dieser Rechtsruck. Auch wieder so ein blödes Wort, denn es handelt sich genau genommen um ein Abdriften in die Radikalität. Er vollzieht sich auf vielen Ebenen. Nach und nach demaskieren sich Buchverlage, Zeitungen, Fakultäten, Forschungsinstitute, Schulen, Menschen aus vielen unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens als Sympathisanten einer rechtsextremen Ideologie.

Es sind die gleichen Bereiche, in denen Minderheiten aus ihrem durch Herkunft bedingten Rahmen herausdrängen und unangenehme Fragen stellen:

War es nötig, jeden Atemzug der AfD medial auszuleuchten? Ist eigentlich bekannt, wie die Strukturen von rechten Netzwerken in den Medien funktionieren? Interessiert überhaupt, wie viel Sprache und Agenda von rechtsradikalen Strömungen der Straße, wie der Pegida, in die Berichterstattungen aufgenommen werden?

Die NPD oder DVU saßen doch auch nicht jede Woche bei Sabine Christiansen! Können die Rechtsextremen ihre Diskussionsrunden nicht selber organisieren? Warum bezahlt die Landeszentrale für politische Bildung Schnitten und Tee, damit sächsische Bürger über Minderheiten herziehen? Warum wird diese Runde nicht für Muslime, Homosexuelle oder Flüchtlinge organisiert, damit die über Sachsen herziehen können?

Warum wurde jede Schlägerei im Asylbewerberheim medial groß aufbereitet, aber die Schläge, die die Flüchtlinge quer

durch Europa ertragen mussten, für die noch kein einziger Polizist, Soldat oder Politiker zur Rechenschaft gezogen wurde, nicht?

Ich kenne nur einen Weg raus aus dieser Misere: nämlich den des Gegengewichtes. Ich frage überall, wo ich schreibe, na, wie reagiert ihr auf das alles? Seid ihr endlich bereit andere Leute einzustellen, um aus Minderheiten Mehrheiten zu machen?

Seid ihr dazu bereit, in euren Redaktionen Menschen zu beschäftigen, die zusammengenommen viele Sprachen dieser Welt sprechen, viele Kulturen leben und viele Religionen kennen? Und im Zweifel mit guten Argumenten das rechtsextreme, völkische und antidemokratische Denken, das wie selbstverständlich in unserer Mitte Platz genommen hat, wieder zur Anormalität zu erklären und die Verachtung auf eine vielfältige und durchlässige Gesellschaft unermüdlich als Regelwidrigkeit zu beanstanden? Und weigert ihr euch endlich nicht mehr, die Berichte zu veröffentlichen, weil das alles bei euch nicht angekommen ist, oder immer erst später?

Die Minderheiten unter den Journalisten erkennen die Kontinuitäten, Strukturen und Mechanismen von Diskreditierung und Demokratiefeindlichkeit nämlich schneller. Weil sie ihnen nicht zum ersten Mal begegnen.

Die Position, aus der man spricht, ist ausschlaggebend dafür, in welcher Art und Form man eine Sache beurteilt. Die Mehrzahl der Meinungen von einer Position aus formuliert ist keine Mehrheitsmeinung, sondern immer nur die Meinung der Sprechenden.

Wir könnten das, was oft als die Angelegenheit der anderen begriffen wird, zu unserer gemeinsamen Angelegenheit machen. Das nennt man Zusammenhalt. Klingt kitschig, hilft aber. Im Kleinen und im Großen.

Mely Kiyak, Autorin und Publizistin

»Wir könnten das, was oft als die Angelegenheit der anderen begriffen wird, zu unserer gemeinsamen Angelegenheit machen.«

Impressum

Herausgeber (ViSdP): Jörg Hofmann,
Erster Vorsitzender der IG Metall

Druck: apm, Darmstadt, 1. Auflage im Dezember 2016

Produkt-Nr.: 37009-66924

*»Wenn wir, eine Handvoll Kollegen
mit etwas anders klingendem Namen,
uns vor zehn Jahren an unsere
Kollegen wandten und sagten:
Wir werden massiv belästigt,
bitte unterstützt uns,
dann war die Reaktion immer dieselbe:
Gleichgültigkeit.
Und der Irrglaube, dass das, was da passiert,
das Problem einer Minderheit sei.
Obwohl wir sagten:
Heute wir, morgen ihr!«*

Mely Kiyak